

Getrübte Freude über Schulneubau

Bezirksvertretung Herne beschloss Fällung von 25 Bäumen

Lars-Oliver Christoph

Nach kontroverser Debatte hat die Bezirksvertretung Herne-Mitte am Donnerstagabend die Fällung von 25 Bäumen auf dem Gelände der Baukauer Grundschule Forellstraße beschlossen. Auf der dadurch frei werdenden Fläche soll ein neues Schulgebäude entstehen. Der Kahlschlag und der Ablauf der Planung stieß bei Grünen, Linken und Piraten auf Kritik.

Rat verkauft Teil des Schulhofs

„Keine Baumfällungen für den Neubau der Grundschule“ - auf diesen Nenner brachte Grünen-Bezirksverordneter Jürgen Saibic die Linie seiner Partei. Es handele sich um eine „ohne Not“ und „bewusst herbeigeführte Tat“. Denn: Diese Situation sei entstanden, weil SPD und CDU einen großen und ebenfalls begrünten Teil der Schulhoffläche - den sogenannten Hexenwald - an die Firma Protea Care für den Bau eines neuen Seniorenheims verkauft habe, so Saibic. Hintergrund: Am Dienstagabend hatte die Ratsmehrheit den Verkauf des Grundstücks besiegelt.

Auf der nun verbliebenen Restschulhoffläche könne ein Neubau nur durch Fällung von 25 Bäumen platziert werden. Vertreter von Piraten und Linkspartei - der für die Fällung entscheidungsbefugte Bezirk tagte gemeinsam mit Schul- und Immobilienausschuss - teilten diese Auffassung.

„Das ist ein hervorragendes Ergebnis der Herner Klimanotstandspolitik: Wenn das Grundstück nicht verkauft worden wäre, hätten fast alle Bäume erhalten werden können“, sagte Günter Nierstenhöfer (Piraten). Klaudia Scholz und Veronika Buszewski (beide Linke) wiesen unwidersprochen darauf hin, dass die Verwaltung im März in Sachen Fällung nur „von ein paar Bäumen“ gesprochen habe. Die Stadt bedauerte das Ausmaß der Fällung; diese sei nach Abwägung aller Faktoren aber unvermeidlich, hieß es.

Beteiligung an der Schulhofplanung

In Erklärungsnot geriet die Verwaltung auch an anderer Stelle: Die Grünen kritisierten, dass die Schule im Workshopverfahren zur Planung des Schulneubaus betont habe, dass der Hexenwald „von besonderer Bedeutung“ sei. Ausdrücklich wurde dieser Wunsch geäußert: „Bei der Planung des Standortes des neuen Gebäudes sollte sorgfältig auch der Erhalt dieses Bereichs sowie des Baumbestandes geprüft werden.“ Eine Randnotiz: Die SPD- und CDU-Mitglieder der Bezirksvertretung stimmten der Baumfällung am Ende zu, ohne in der Sitzung auch nur ein Wort dazu gesagt zu haben.

An immerhin einem Punkt gab es einen parteiübergreifenden Konsens. Die vorläufigen Pläne der Stadt für die „neue“ Schule und das vorgeschaltete Verfahren zur Ermittlung des Raumbedarfs stießen auf großes Lob. Gewürdigt wurde auch die Tatsache, dass die

Stadt viel Geld - mehr als acht Millionen Euro - in die Hand nimmt, um die 1898 erbaute marode Grundschule durch einen Neubau zu ersetzen.

„Ich bin seit 1998 im Schulausschuss und habe vielen Schulschließungen zustimmen müssen. Ich freue mich sehr, dass ich erstmals auch den Neubau einer Schule beschließen darf“, sagte Michael Musbach, schulpolitischer Sprecher der CDU. Insbesondere SPD und CDU meldeten jedoch für die Schulhofgestaltung noch großen Klärungsbedarf an und pochten darauf, zeitnah über die (nicht abgeschlossene) Planung informiert zu werden.

Die Stadt geht davon aus, dass Ende 2019 der Auftrag für den von den Architekten dreigeschossig geplanten Neubau der Schule - in Modulbauweise - erteilt wird. 2020/21 soll das alte Gebäude abgerissen und der Neubau bezogen werden. Ein Neubau der Schule am bisherigen Standort und das Aufstellen von Containern für die Bauphase sei unpraktikabel für die Schule und zudem sehr teuer, sagte ein Mitarbeiter der städtischen Schulmodernisierungsgesellschaft.

Kommentar: Fakten geschaffen

Es hätte so schön sein können: Die Stadt investiert viel Geld, Arbeit und Kreativität in den Neubau einer Schule. Lehrer, Schüler und Eltern werden eingebunden, damit ihr Bedarf und ihre Wünsche in die Planung einfließen können.

Leider hat die Stadt durch den voreiligen Verkauf eines Teils des Schulhofs Fakten geschaffen und damit erheblichen Einfluss auf das Verfahren genommen. Es ist nicht auszuschließen, dass am Ende eines offenen Prozesses und nach Abwägung aller Faktoren ebenfalls der politische Beschluss gestanden hätte, einen Teil des Schulhofs zu verkaufen. So entsteht jedoch zurecht der Verdacht, dass es nicht um die beste Lösung für die Schule geht, sondern auch um die Verwertung eines Schulgrundstücks und die Interessen eines Investors.

Nicht zuletzt: Städte, die den Klimanotstand ausrufen und ein Klimaschutzkonzept verabschieden, sollten nicht mal eben 25 Bäume fällen, sondern zunächst um deren Erhalt ringen und nach klimafreundlichen Alternativen suchen.